

DIE STADT IN DER GEGENWART

Aus Nachkriegs- und Aufbaujahren
Von Bernhard Oeschger

Kommunale Strukturen und Perspektiven
Von Ludwig Wiederhold

Aus Nachkriegs- und Aufbaujahren

Als nach dem Zweiten Weltkrieg das Leben in der Gemeinde allmählich wieder seine normalen Bahnen ging, wurde Endingen ein bedeutsames Zeichen der Hoffnung und des Neubeginns zuteil.

Auf der Grundlage der Badischen Gemeindeordnung (§ 9 Absatz 2) vom 23. September 1948 erhielt die alte Üsenberger-Stadt mit Schreiben vom 5. Oktober 1949 die Bezeichnung „Stadt“ verliehen.¹ Bürgermeister Alfred Herr, der seit dem 19. Dezember 1948 die Leitung der kommunalen Verwaltung inne hatte, berief rasch einen Festausschuß, der die Feier der Stadtrechtsverleihung „in würdigem Rahmen“ vorbereiten sollte.

Am 28. und 29. Januar 1950 feierte Endingen sein denkwürdiges Ereignis. Der Staatspräsident des Landes Baden, Leo Wohleb, und weitere Mitglieder der Regierung waren selbst zur Übergabe der Verleihungsurkunde erschienen. Wohlebs unvergessener Name steht als erster im neu geschaffenen Goldenen Buch Endingens. Die gesamte Bevölkerung bereitete dem Staatspräsidenten einen herzlichen Empfang. Die Stadt ehrte den hohen Gast mit einem Präsent edler Endinger Weine, die Wohleb in seinem Dankschreiben sehr zu schätzen wußte.²

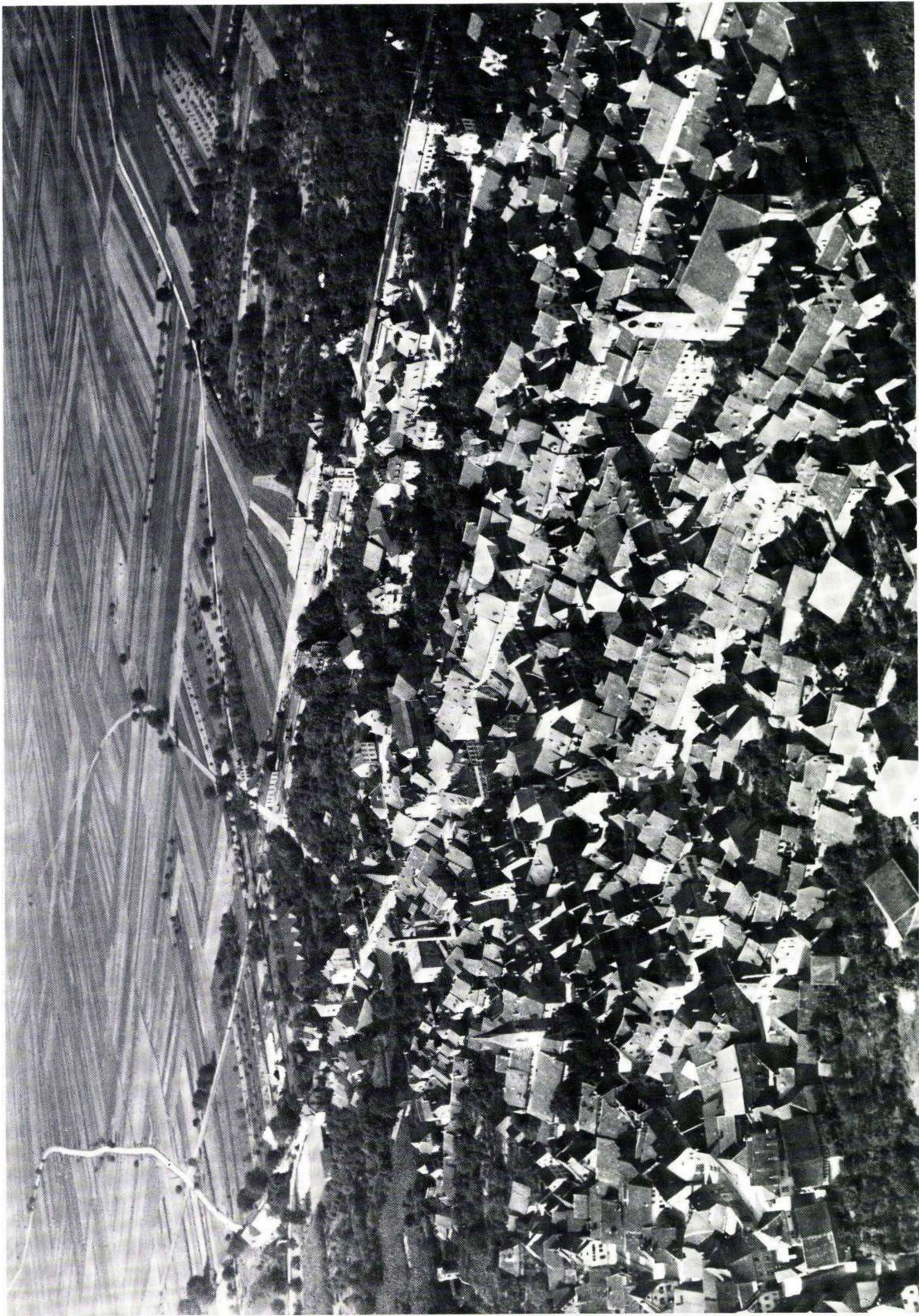
Nach den festlichen Stunden regierte wieder der Alltag einer wirtschaftlich schweren Zeit. Durch die Währungsreform im Juni 1948 hatte die Stadt die Summe von 210 000 RM eingebüßt.³ Geldmittel waren überall knapp. Aus der Privatwirtschaft floß noch wenig in die öffentlichen Kassen. Zur Belebung des örtlichen Handels wurden deshalb die Schweine- und Wochenmärkte wieder eingeführt.

Als Projekt der Badischen Landsiedlung entstand im unbebauten nördlichen Gemarkungsteil Endingens die Neubauernsiedlung Wilhelmshöfe. Ihr Richtfest wurde 1954, stellvertretend für weitere 31 Siedlungsprojekte im badischen Raum, in Anwesenheit von Landwirtschaftsminister Leibfried (Land Baden-Württemberg) und Regierungspräsident Dr. Wäldin gefeiert.

Anfang der 50er Jahre erfolgte die erste Rebflurbereinigung „Summberg“. Daran schlossen sich die Umlegungen „Längental-Wihlbach“, „Engelsberg“ und „Habstal“ an.

Den Versuchen der Stadt, die wirtschaftliche Kraft der Gemeinde mit neuen Industriesiedlungen zu stärken, blieben zunächst die Erfolge versagt (Röntgenröhrenfabrik Otto Kiesewetter & Co.).

Mit dem Bau eines Vorfluters und Absatzbeckens zur Ableitung des Gebrauchs- und Niederschlagswassers wurde 1956 ein mehrjähriges Vorhaben zur Abwasserbeseitigung begonnen.⁴ Eine mechanische Kläranlage kam hinzu. Schließlich suchte die Stadt im Beitritt zum Abwasserzweckverband „Breisgauer Bucht“ 1968 die beste Lösung für ihre Abwasserfrage.⁵



51 Luftbild Endingen, 1928

Dem steigenden Straßenverkehr stellte sich das alte Königschaffhauser Tor mit seinem engen Durchlaß entgegen. Die Stadträte befürworteten 1956 eine bessere Verkehrsführung und genehmigten die Verbreiterung der Durchfahrt.⁶

1959 begann in Endingen ein Wunsch in Erfüllung zu gehen, der schon seit vielen Jahrzehnten gehegt und immer wieder verschoben wurde. Endlich sollte die Stadt ein neues Schulgebäude erhalten.⁷ Die alte Schule bei der Peterskirche war nach entsprechendem Umbau zur Aufnahme der landwirtschaftlichen Berufsschule des Landkreises Emmendingen vorgesehen. Nach der Klärung der Standortfrage⁸ und der Ausschreibung der Aufträge⁹ nahm das große Bauvorhaben seinen Lauf. Zur Finanzierung der enormen Kosten wurde im Stadtwald ein außerordentlicher Holzeinschlag von 1000 Festmeter Nutzholz getätigt. 1964 konnten Bürgermeister Herr und Schulrektor Josef Kesselring den gelungenen Neubau bei der alten Schießmauer der Bevölkerung übergeben.

Noch ein paar Daten sind aus diesem Zeitraum nachzutragen. 1959 beschloß das städtische Ratsgremium die Anlegung eines Flächennutzungsplanes.¹⁰ Im November desselben Jahres fanden die Wahlen zum Gemeindeparlament statt.

Kanalisationsarbeiten in den Stadtbereichen Adelshof und Fronhofstraße (1957), Bühle (1961), Forchheimer und Riegeler Straße, im Salzgarten sowie Erleweg–Feuergraben (alle 1963) wurden beschlossen und zur Ausführung gebracht. 1962 standen wieder Gemeinderatswahlen an.

Um das alte Kaiserstuhl-Städtchen mit seiner historisch wertvollen und schönen Architektur vor allzuviel Modernisierungseifer zu schützen, verfügte der Rat 1964 den Eintrag der Endinger Altstadtgebiete in das amtliche Denkmalsbuch.¹¹ Trotz ungenügender Finanzierungsmittel setzten die Planungen zum Bau einer Turnhalle neben der neuen Schule ein. Der Grund- und Hauptschule wurde 1965 ein Realschulzug angegliedert. Das von der Stadt im Gewann Wöllinger Weg erworbene Gelände wies man zur Förderung der Industrieansiedlung im Flächennutzungsplan als Industrievorratsland aus.¹²

Neben der Kanalisierung des Bereichs Niederdorf und dessen Einbezug in den Bebauungsplan stand 1966 dem Rat und der Verwaltung eine weitere große Aufgabe ins Haus. Die stadteigenen Gas- und Stromversorgungsbetriebe genügten längst nicht mehr den Anforderungen der Zeit und arbeiteten jenseits aller Wirtschaftlichkeit.¹³ Die Preisgabe der selbständigen Energieversorgung fiel den Endingern nicht leicht. Nach einer ernüchternden Bilanz der Verluste im Strom-, Gas- und Wassernetz sicherte sich die Stadt 1969 ihre Stromversorgung durch den Anschluß an das überregionale Badenwerk. Die alte Gasanstalt wurde 1970 stillgelegt.¹⁴

Der am 15.1.1967 ins Amt gewählte Bürgermeister Helmut Eitenbenz trat kein leichtes Vermächtnis an. Um die städtischen Finanzen stand es nicht zum besten. Die im Bau befindliche Turnhalle bedurfte weiterer Mittel zur Fertigstellung. Ein Spendenaufruf des neuen Stadtoberhauptes an seine Mitbürger erbrachte die stolze Summe von 24.579,77 DM.¹⁵ Zusätzliche Kapitalhilfen des Landes ermöglichten bereits im Herbst 1967 die Vollendung des Hallenbaues. Im Jahr 1970 war die Zeit des alten Endinger Spitalkrankenhauses abgelaufen. Die Stadt und der Spitalfonds vermochten eine alleinige Trägerschaft nicht zu sichern. Aus dem Krankenhaus wurde das Altenpflegeheim St.Katharina, das sich in den folgenden Jahren mit Zuschüssen des Landkreises Emmendingen und des Landes Baden-Württemberg zur wohlausgestatteten und zentral im Ort gelegenen Heimstätte für alte Mitbürger entwickelte.

Dem Versuch neuer Industrieansiedlungen war nun nachhaltiger Erfolg beschieden. Vor allem die Baulandumlegung im Gewerbegebiet Wöllinger Weg und Hennengärtle hatte die



52 Staatspräsident Wohleb bringt 1950 die Bezeichnung „Stadt“ wieder



53 Volkstümlicher Empfang für den Badischen Staatspräsidenten



Der Gemeinde
Endingen
wird gemäß § 9 Abs. 2
der Badischen Gemeindeordnung
vom 23. September 1948
die Bezeichnung
"Stadt"
verliehen.

Freiburg im Breisgau, den 5. Oktober 1949
Das Badische Ministerium des Innern

K. Schühly

nötigen Voraussetzungen geschaffen.¹⁶ Mehrere Firmen aus unterschiedlichen Branchen suchten um geeignete Produktionsstandorte nach.

Ein Generalentwässerungsplan sollte die seit Jahren andauernden Teillösungen im Entsorgungsbereich einer umfassenden Regelung zuführen.¹⁷

Der beabsichtigte Ausbau der Endinger Grund-, Haupt- und Realschule zum ländlichen Schulzentrum setzte neue Planungsvorhaben auf die Tagesordnungen des Gemeinderats.¹⁸ Man entschied sich für einen Erweiterungsbau am neuen Schulhaus, der 1971 die stark angewachsenen Schulklassen aufnehmen konnte (Realschule).¹⁹ Zwei weitere Schulgebäude wurden 1976 und 1982 fertiggestellt. Mit der 1980 beim Schulzentrum erbauten Sport- und Stadthalle verfügt Endingen über große und repräsentative Räumlichkeiten für schulische, kommunale und kulturelle Veranstaltungen.

Freundschaftliche Verbindungen flocht die Stadt zu einigen Gemeinden des Bregenzerwaldes und Vorarlbergs. Sie erinnern an die ehemals gemeinsame vorderösterreichische Geschichte und an die Bregenzerwälder Barockbaumeister, deren Nachfahren beim Bau der Endinger Peterskirche mitwirkten. 1968 knüpften Endingen und das nicht weit gelegene elsässische Erstein erste Kontakte zur Bildung einer städtepartnerschaftlichen Verbindung. Die Verschwisterungsfeiern am 5. Juli 1970 in Endingen und am 13. September desselben Jahres in Erstein begründeten eine andauernde und lebendige Freundschaft zwischen den Bürgern und Vereinen der beiden Gemeinden.

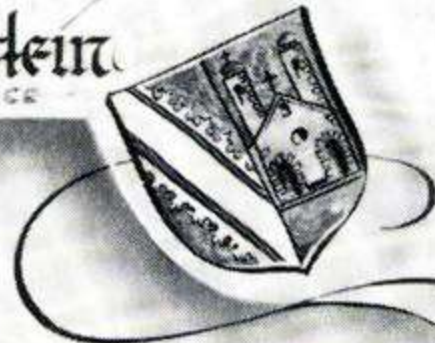
Mit diesem Brückenschlag über den Rhein, der endlich auch die historische Kluft zwischen einstigen Gegnern schloß, endet der Blick auf die Nachkriegs- und Aufbaujahre.

Das folgende Kapitel beleuchtet die kommunale Situation der Gegenwart, berichtet über strukturelle Veränderungen der Gesamtgemeinde und zeigt Perspektiven künftiger Entwicklungsmöglichkeiten auf.

ANMERKUNGEN

1	Stadtarchiv Endingen,	Gemeinderatsprotokoll	18.10.1949
2	”	”	20.03.1950
3	”	”	02.07.1948
4	”	”	18.05.1956
5	”	”	06.12.1968
6	”	”	01.06.1956
7	”	”	27.01.1959
8	”	”	30.09.1960
9	”	”	18.11.1960
10	”	”	13.02.1959
11	”	”	08.01.1964
12	”	”	28.07.1965
13	”	”	30.03.1966
14	”	”	06.08.1969
15	”	”	12.05.1967
16	”	”	04.10.1967
17	”	”	24.10.1967
		und	12.06.1968
18	”	”	09.05.1968
19	Festschrift Schulzentrum Endingen/Kaiserstuhl. Neubau Realschule. - Endingen, 1971.		

Erstein
Alsace



Endingen
am Kaiserstuhl



Nous les représentants librement élus des citoyens d'Erstein et d'Endingen am Kaiserstuhl pleinement conscients que la paix entre les peuples et les hommes ne peut être fondée que sur la connaissance et la compréhension réciproques ainsi que sur l'estime et la collaboration mutuelles avons convenu d'un commun accord de créer un lien de jumelage entre nos deux villes comme signe et promesse de relations constantes et fraternelles. Histoire de l'Occident à laquelle nos cités ont participé nous apprend que l'esprit des libertés civiques a pris naissance dans les villes. Cette histoire nous incite à oeuvrer avec tous les moyens dont nous disposons pour que dans le présent comme dans l'avenir des hommes libres puissent vivre dans des cités libres.

Pour réaliser ce but nous nous engageons à créer entre nos deux villes des liens durables de fraternité d'échanger nos expériences de favoriser et d'encourager par tous les moyens les rencontres entre les habitants de nos deux cités d'écarter par la compréhension réciproque tout ce qui pourrait séparer les peuples de veiller les sentiments de tolérance et d'entente et de fortifier le sentiment de notre communauté de destin.

Nous faisons appel à tous nos concitoyens pour participer à notre action, conçue dans le cadre de l'unité de l'Europe.

Erstein le 13 septembre 1970

Georges Kiehl
Maire de la ville d'Erstein

lib.

Wir die gewählten Vertreter der Bürger von Erstein und Endingen am Kaiserstuhl in der klaren Erkenntnis daß der Friede zwischen den Völkern und den Menschen nur aufgebaut werden kann wenn man sich kennen und verstehen lernt und so zu gegenseitiger Achtung und brüderlicher Zusammenarbeit kommt sind übereingekommen zwischen unseren beiden Städten eine Partnerschaft als Zeichen u. Versprechen dauernder freundschaftlicher Verbundenheit zu begründen. Die reiche Geschichte des Abendlandes an der unsere beiden Gemeinwesen Anteil hatten lehrt uns daß der Geist bürgerlicher Freiheit in den Städten seinen Ursprung hatte. Sie trägt uns auf unsere Kräfte dafür einzusetzen daß auch heute und in aller Zukunft freie Menschen in freien Städten leben können.

Diesem Ziel zu dienen verpflichten wir uns zwischen unseren Städten ständige Bande der Freundschaft zu unterhalten unsere Erfahrungen auszutauschen auf allen Gebieten die Begegnung unserer Bürger zu unterstützen um auf dem Wege vertiefter gegenseitigen Verständens Trennendes zwischen den Völkern zu beseitigen Verständnis u. Toleranz zu wecken und das Bewusstsein brüderlicher Zusammengehörigkeit zu stärken.

Wir rufen unsere Bürgerschaft auf an diesem der Einheit Europas gewidmeten Werk mitzuwirken.

Endingen am Kaiserstuhl
den 5. Juli 1970

Helmuth Eitenbenz
Bürgermeister von Endingen
am Kaiserstuhl

55 Partnerschaft Erstein - Endingen, 1970

Vorhandene Struktur

Um die Struktur und den Verlauf der Entwicklung eines Gemeinwesens aufzeigen zu können, sind statistische Kenndaten und ihr Vergleich ein wertvolles Hilfsmittel.

Sie gestatten es, Zustände analytisch zu quantifizieren, die ohne derartige Daten allein qualitativ beschreibend bleiben.

Die Verwaltungsreform (Kreis- und Gemeindereform Baden-Württemberg) fand ihren endgültigen Abschluß am 01. Januar 1975. Im Laufe der Jahre 1971 bis 1974 wurden der Stadt Endingen die bis dahin selbständigen Gemeinden Amoltern, Kiechlinsbergen und Königschaffhausen eingegliedert.

Gleichzeitig wurde Endingen Sitz des Verwaltungsverbandes Nördlicher Kaiserstuhl mit den Teilverwaltungsräumen Bahlingen, Riegel, Forchheim, Sasbach und Wyhl mit rd. 19.000 Einwohnern.

Am 01.01.1971 hatten die noch selbständigen Gemeinden folgende Einwohnerzahlen:

Amoltern	301 Einwohner
Endingen	4.050 Einwohner
Kiechlinsbergen	859 Einwohner
Königschaffhausen	1.040 Einwohner
	6.250 Einwohner

Die Gesamtgemarkung umfaßt 2.672 ha Fläche.

Ab 01.01.1975 stehen statistische Daten nur noch für die Gesamtgemeinde zur Verfügung.

Die Bevölkerungsentwicklung verlief im Zeitraum 31.12.1972 bis 31.12.1983 in der Gesamtstadt Endingen günstiger als im Landkreis und im Regierungsbezirk. (+ 6,5 %/ + 5,3 %/ + 1,4 %).

Im einzelnen ist in den Jahren 1972 bis 1978 bei kleineren Jahresschwankungen eine Stagnation der Einwohnerzahl feststellbar, in den Jahren 1979 bis 1981 stieg die Zahl auf über 7.000 Einwohner an, um im Jahr 1983 wiederum leicht abzunehmen.

Einen Hinweis auf die Flächeninanspruchnahme geben die Daten der Bevölkerungsdichte am 1.1.1976.

Die Gesamtstadt Endingen weist mit 242 Einwohnern/qkm einen höheren Wert der Bevölkerungsdichte als der Landkreis Emmendingen mit 190 Einwohnern/qkm auf, wobei die Kernstadt auf ihrer engeren Gemarkung mit 293 EW/qkm noch höher, die drei Stadtteile mit gesamt 187 EW/qkm knapp unter dem Landkreis liegen.

Die Einwohnerentwicklung wird durch die natürliche Bevölkerungsbewegung (lebend Geborene – Gestorbene) und die Wanderungsbewegung (Zugezogene – Fortgezogene) bestimmt.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Wohnbevölkerung im Zeitraum 1972 bis 1986 mit den jeweiligen Einflußgrößen aus positiver oder negativer natürlicher und Wanderungsbewegung.

Endingen	N – Nat.Bev.bewegung W – Wanderungsbewegung	Wohnbevölkerung
1972	N – 1 W + 63	6.469
1973	N + 2 W – 21	6.531
1974	N + 2 W – 57	6.512
1975	N + 9 W – 54	6.457
1976	N – 6 W – 11	6.412
1977	N – 3 W + 105	6.395
1978	N – 3 W + 58	6.497
1979	N – 22 W + 176	6.552
1980	N + 8 W + 289	6.706
1981	N – 27 W + 28	7.003
1982	N – 15 W – 97	7.004
1983	N – 15 W – 97	6.892
1984	N – 32 W + 101	6.961
1985	N – 1 W 0	6.960
1986	N + 1 W + 120	7.081

Während die natürliche Bevölkerungsbewegung im wesentlichen ausgeglichen war, bewirkten hauptsächlich die sehr unterschiedlichen Wanderungssaldi den Gang der Entwicklung. So ist die positive Entwicklung im Gesamtzeitraum im besonderen auf die ausgeprägt positiven Wanderungsgewinne der Jahre 1977 bis 1981 in Verbindung mit der Schaffung neuer Wohn- und Arbeitsstätten zurückzuführen.

Die Neuansiedlung von Industrie- und Gewerbebetrieben sowie der weitere Ausbau der Dienstleistungsbetriebe erbringen von 1970–1986 nahezu 1.000 neue Arbeitsplätze.

Dabei wirkt sich die Branchenvielfalt, und die Mischung von Klein- und Mittelbetrieben auf die Struktur positiv aus. Sowohl die Ansiedlung neuer Betriebe, als auch die Ausla-

gerung und der Ausbau der in der Altstadt ansässigen Handwerksbetriebe, wurde erst durch die Anfang der 70er Jahre betriebene Industriegeländeerschließung möglich.

Parallel hierzu verlief die Strukturverbesserung in der Landwirtschaft, insbesondere im Weinbau. Von 1970 an wurden Rebflurbereinigungen durchgeführt: im Wohnbezirk Endingen „Schambach“, in Amoltern „Bürgletten“, in Kiechlinsbergen „Edelberg“. Die Gesamtweinbaufläche mit mehr als 700 ha Reben läßt Endingen als drittgrößte weinbautreibende Kommune Baden-Württembergs einstufen.

Trotz dieser positiven Förderung der Landwirtschaft vollzieht sich eine weitere Umstellung vom Vollerwerbsbetrieb zum Nebenerwerbsbetrieb.

Von den 6.469 Einwohnern im Jahr 1972 waren 47,9 % Männer und 52,1 % Frauen. Dieser Wert veränderte sich bis 1983 nur geringfügig auf 48,1 % Männer und 51,9 % Frauen.

Positiv verlief auch die Entwicklung der versicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer im Zeitraum 1974 (1.354) bis 1983 (1.669). In diesem Zeitraum betrug in Endingen die Zunahmerate 23,3 %, während der entsprechende Wert im Landkreis nur 2,4 % betrug.

W o h n u n g e n

Endingen	Bestand an Wohnungen	Zunahme %	Belegungsdichte Pers./Wohnungseinheit
1961	1.676	+ 41,8 % (pro Jahr \varnothing 2,6 %)	3,5
1977	2.377	+ 10,7 % (pro Jahr \varnothing 1,8 %)	2,7
1983	2.632	Gesamt: 57 % Zunahme	2,61

Die Anzahl der Wohnungen wuchs in den Jahren 1961 bis 1977 um 41,8 %, das entspricht einer Zunahme von durchschnittlich 2,6 % pro Jahr; in den Jahren 1977 bis 1983 wuchs die Zahl der Wohnungen um 10,7 %, also durchschnittlich 1,8 % pro Jahr.

Die Gesamtzunahme der Wohnungen von 1961 bis 1983 von rd. 57 % (bezogen auf 1961) ist weit höher als die Bevölkerungszunahme im gleichen Zeitraum von rd. 17 % (1961 = 5.892, 1983 = 6.892 Einwohner).

Mehrere Entwicklungsfaktoren sind hierfür die Ursache. Die früher üblichen Mehrgenerationenhaushalte lösen sich mehr und mehr auf in Zwei- und Eingenerationenhaushalte; besonders stark nehmen Einpersonenhaushalte zu. Kinder verlassen frühzeitig das Elternhaus, um selbständig zu leben. Ein Indiz hierfür ist die sogenannte Belegungsdichte. Während 1961 in Endingen durchschnittlich 3,5 Personen in einer Wohnungseinheit lebten, waren es 1977 noch 2,7 und 1983 nur noch 2,61 Personen. Die Vergleichswerte für 1983 im Landkreis mit 2,53 und im Regierungsbezirk Freiburg mit 2,44 liegen noch darunter, da in den größeren Städten dieser Entwicklungsprozeß weiter fortgeschritten ist als im ländlichen Raum.

Zusätzlich hat sich der Wohnflächenanspruch in m²/Person seit Mitte der 50er Jahre von rd. 15 m²/Person bis 1983 auf rd. 34 m²/Person mehr als verdoppelt.

Hierin liegen die Hauptursachen für eine überproportional starke Landschaftsinanspruchnahme durch neue Bauflächen.

Raumordnerische Funktion

Die Raumordnung und Landesplanung haben dazu beigetragen, dem Menschen die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit in der Gemeinschaft zu sichern. Eine ungeordnete räumliche Entwicklung würde das Grundrecht, Wohnsitz und Arbeitsplatz frei zu wählen, in Frage stellen und die Umwelt des Menschen gefährden (Vorwort zum Landesentwicklungsplan 1972).

Die genannten raumordnerischen Planwerke sind mit ihren Zielaussagen jeweils für die nachgeordnete Planungsebene verbindliche Rahmenvorgabe, die zu beachten ist; so der Landesentwicklungsplan für den Regionalplan und der Regionalplan seinerseits für die gemeindlichen Planungen.

In den zentralen Orten sollen die Einrichtungen für die überörtliche Versorgung eines Verflechtungsbereiches mit Gütern und Dienstleistungen gebündelt angeboten werden. Endingen ist als Unterzentrum ein solcher zentraler Ort der unteren Kategorie. Sein Verflechtungsbereich umfaßt die Gemeinden des Nördlichen Kaiserstuhls. Endingen bildet in der regionalen Entwicklungsachse Emmendingen – Endingen – Rheinübergang Sasbach einen Arbeitsplatz- und Versorgungsschwerpunkt und zugleich einen teilregionalen Konzentrationspunkt für Wohnen.

Hier sollen die über die Eigenentwicklung hinaus von außerhalb Zuwandernden Wohn- und Arbeitsplätze finden können, über den täglichen Bedarf hinausgehende Versorgungs- und Dienstleistungen sollen angeboten werden und eine entsprechende Ausstattung an Ausbildungsstätten sowie an sozialer und gesundheitsbezogener Infrastruktur soll vorhanden sein.

Die Anbindung einer Gemeinde, insbesondere eines zentralen Ortes wie Endingen, an das überörtliche Verkehrsnetz ist für seine zukünftige Entwicklung von großer Bedeutung. Hier sind die Nähe Endingens zur Bundesautobahn A 5 Hamburg – Frankfurt – Basel über die nahe Anschlußstelle Riegel, wie auch die direkte Anbindung an das französische Straßennetz über die neugeschaffene Rheinbrücke bei Sasbach von großer Bedeutung und sichern Endingen eine nicht zu unterschätzende Standortgunst. Darüberhinaus ist die Anbindung an das Netz der Deutschen Bundesbahn über die Kaiserstuhlbahn der SWEG-Südwestdeutschen Verkehrs-AG mit der Bahnstation Endingen und dem Haltepunkt Königschaffhausen gegeben.

Städtebauliche Entwicklung

Die städtebauliche Entwicklung Endingens und seiner Stadtteile vollzog sich in den ersten zwei bis drei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg überwiegend nach außen. An die alte Ortsbebauung wurden unter Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Nutzflächen neue Wohn- und Gewerbegebiete angefügt und somit die Gemeinden flächen- und einwohnermäßig vom Ortskern weg nach außen entwickelt. Die Stadt Endingen entwickelte sich mit Wohngebieten zuerst vom historischen Stadtbereich in kleineren Abschnitten in westlicher

Richtung, anschließend erfolgte etwa ab 1970 mit dem Bebauungsplan „Niederdorf“ eine bedeutende Erweiterung nördlich der Bahnlinie. Parallel hierzu wurde westlich angrenzend im Gewann „Hennengärtle“ auf über 11 ha Fläche eine beachtliche gewerbliche Entwicklung eingeleitet. Ab Mitte der 70er Jahre vollzog sich die Wohngebietserweiterung Endingens vom südlichen Ortsrand in die anschließenden Täler und die unteren Bereiche der Rebhänge hinein. Es entstanden in den Gewannen „Litzental“, „Salzgarten“, „Teninger Acker“, „Erletal“ und „Etzentel/Nächstental“ Wohngebiete in bester Lage in einer Größenordnung von rd. 25 ha, die zum Teil noch großflächige Reserven für eine zukünftige Wohnentwicklung beinhalten.

1980 fand auch das Industriegelände eine Erweiterung nach Norden, wovon noch ca. 9 ha für zukünftige Ansiedlung von Gewerbe- und Handwerksbetrieben zur Verfügung stehen.

Im Stadtteil Amoltern reicht das 1978 begonnene Neubaugebiet „Kühfuß“ am nordwestlichen Ortsausgang noch für einige Jahre zur Befriedigung des Eigenbedarfs der Amolterer Bürger aus, von den rd. 4 ha Flächen ist erst etwa ein Viertel bebaut.

Im Stadtteil Königschaffhausen konnten im über 6 ha großen Baugebiet „Unteres Grubenfeld“, östlich an den Ort anschließend, die Wünsche nach Bauland über einen langen Zeitraum befriedigt werden. 1977 erfuhr dieses Baugebiet eine etwa 3 ha große Erweiterung. Hierin und im 1981 genehmigten Baugebiet „Kirchenmatten“ am Westrand des Stadtteiles sind noch Flächenreserven für etwa 70 Wohnungseinheiten verfügbar.

Ein etwa 2 ha großes Gewerbegebiet am nördlichen Ortsausgang von Königschaffhausen trägt dem Bedürfnis nach gewerblichen Bauflächen Rechnung. Kleinere Betriebe fanden bereits ihre Ansiedlungsflächen.

Im Stadtteil Kiechlinsbergen erfolgten Baugebietsausweisungen Mitte der 60er Jahre, sowohl am Südrand des Ortes im Talbereich „Ohnestal“ als auch am nordwestlichen Ortsrand im Gewann „Unterer Schormen“. In diesen Neubaugebieten sind ebenfalls noch einige Bauplätze unbebaut. Im jüngsten Baugebiet „Kapellenmatten“, am nördlichen Ortsausgang Richtung Königschaffhausen, ist eine rege Bautätigkeit zu verzeichnen.

Städtebauliche Entwicklung durch Sanierung

Diese Ortsentwicklungen nach außen waren vielfach begleitet von einer einwohnermäßigen Ausdünnung der alten Ortskerne und einem teilweisen Funktionsverlust der dort vorhandenen baulichen Substanz. Um diesem Bedeutungsverlust der Innerortsbereiche entgegenzuwirken und in vielen Fällen historisch wertvolle Bausubstanz wieder mit Leben und Wert zu füllen, haben insbesondere in der Stadt Endingen die verantwortlichen Kommunalpolitiker unter großen kommunalen und privaten finanziellen Anstrengungen und mit staatlicher Hilfe eine städtebauliche Entwicklung nach innen eingeleitet. Eine fortschreitende Inanspruchnahme natürlicher Freiräume, insbesondere landwirtschaftlich wertvoller Böden und ökologisch bedeutsamer Teile der freien Landschaft, werden somit vermindert.

Die neue Aufwertung der historisch gewachsenen Innenstadtbereiche zeigt sich in den 1978 festgelegten Sanierungsgebieten „Ritterstraße“, „Adelshof“ und „Löwengasse“. Vorplanungen sind bereits im Jahre 1975 eingeleitet worden. Hier wurden dicht bebaute, früher mehrheitlich landwirtschaftlich genutzte Stadtbereiche ausgekernt, historische, denkmalpflegerisch wertvolle Bausubstanz restauriert bzw. renoviert, außerdem neue Wohnungen, Geschäfte, Praxen und Büros geschaffen und damit dieser Innenstadtbereich wieder nachhal-



56 Altarbild in der einstigen Spitalkapelle



57 Das ehemalige Krankenhaus



58 Altenpflegeheim „St. Katharina“



59 Holzrelief von Hermann-Josef Runggaldier
in der Kapelle des Altenpflegeheims

tig aktiviert und für alle Bürger mit reinen Fußgängerachsen noch annehmbarer gemacht.

Die bauliche und funktionelle Erneuerung der historischen Gebäude Rathaus und Kornhaus – heute zusätzliche Verwaltungsgebäude –, wie auch zahlreicher privater Gebäude am Marktplatz und in den angrenzenden Bereichen haben ebenso zu einer deutlichen Steigerung der Attraktivität und damit der zentralörtlichen Bedeutung Endingens beigetragen.

Im Ergebnis dieser gemeinsamen Bemühungen spiegelt sich ein von den Bürgern mitgetragenes und für alle Bewohner und Besucher sichtbar gut funktionierendes Gemeinwesen.

Für die drei dörflich strukturierten Stadtteile versucht man über den Weg der „örtlichen Entwicklungskonzepte“ mit staatlicher Hilfe eine ähnliche Aufwertung und Aktivierung der historisch gewachsenen Ortsbereiche – wo es sich als nötig und angerechnet erweist – zu erzielen. Erste sichtbare Erfolge zeigen sich deutlich an den jeweiligen Ortsbildern.

Perspektiven

Aus der Sicht der regionalen Raumordnung, wie auch aus der Sicht der kommunalen Entwicklungs- und Bauleitplanung sind folgende Ziele mittel- und längerfristig zu verfolgen: Die Konsolidierung der Stadt Endingen als Unterzentrum im Nördlichen Kaiserstuhl und ihre bedarfsgerechte Fortentwicklung in allen Bereichen der öffentlichen und privaten Dienstleistungen war und ist von fundamentaler Bedeutung für die Einwohner Endingens und aller Gemeinden des Verflechtungsbereiches. Vorhandene Einrichtungen und Infrastruktur gilt es optimal auszunutzen und gegebenenfalls zu ergänzen. Hierzu gilt es zukünftige Wohn- und Arbeitsstätten am bisherigen Siedlungsschwerpunkt optimal anzufügen. Um der regionalplanerischen Aufgabe Endingens als Arbeitsplatzschwerpunkt für seinen Verflechtungsbereich im Westteil des Landkreises Emmendingen, etwa westlich der Linie Dreisam/Leopoldskanal – gerecht zu werden, sind für gewerbliche Nutzung und insbesondere für Dienstleistungsbetriebe (Handel, Versorgung, Transport, Gesundheit, soziale Dienste u.ä.) Flächen vorzuhalten und zu erschließen.

Der dabei zusätzliche angestrebte Effekt ist die Verminderung der Anzahl jener Bewohner im Bereich Endingen, die zu auswärtigen Arbeitsstätten pendeln müssen. Nicht zuletzt sollten Bemühungen unterstützt werden, den sowohl für Naherholung wie auch für Ferienerholung geeigneten Raum „Nördlicher und Mittlerer Kaiserstuhl“ für den Fremdenverkehr zu öffnen und bekannt zu machen.

Zusammenfassend darf festgestellt werden, daß die positive Entwicklung der Stadt Endingen nach der Überwindung der schweren Nachkriegsjahre in den letzten zwei Jahrzehnten zur weiteren Festigung dieses lebendigen Gemeinwesens beigetragen hat. Endingen stellt sich dar als lebenswerte kleine Stadt in reizvoller Umgebung, in der die überkommenen historischen Strukturen gepflegt und als unverwechselbares Gesicht der Stadt weiter mit Leben erfüllt werden.

Dynamisch und maßvoll zugleich hat sich die Stadt als Unterzentrum zum zentralen Ort der Raumschaft „Nördlicher Kaiserstuhl“ herausgebildet und nimmt diese Aufgabe überzeugend wahr.

Eine ebenso zielstrebige und zugleich behutsame Fortentwicklung ist der Stadt Endingen, ihren Bürgern und ihrem Umland zu wünschen.

BÜRGERMEISTERLISTE 1794–1988

(Bürgermeisterliste bis 1803 s. Beitrag Speck, Endingen als vorderösterreichische Stadt)

1794–1810:	Löffler, Johann Michael
1811–1818:	Ganter, Eduard
1819–1822:	Herb, Johann Wilhelm (Apotheker)
1823–1827:	Fleig, Johann
1828–1830:	Sales, Sartori (Franz)
1831–1840:	Hirtler, Nepomuk
1840–1850:	Kniebühler, Franz Michael
1850–1856:	Ganter, Eduard
1856–1874:	Kniebühler, Franz Michael
1874–1888:	Wagenmann, Carl Friedrich
1888–1912:	Meyer, August
1912–1930:	Seilnacht, Wilhelm
1930–1934:	Meyer, Albert
1934–1942:	Schnurr, Rudolf
1942–1944:	(Stelle vakant, kommissarisch verwaltet?) Schlenker, Emil, Bgm.-Stellvertreter
1944–1945:	Kammerer, Karl (eingesetzt durch die Regierung)
1945–1946:	Hirtler, Karl (eingesetzt durch die Besatzung)
1946–1947:	Schneider, Julius
1947–1948:	Hirtler, Wilhelm (Bgm.-Stellvertreter)
1949–1966:	Herr, Alfred
seit 1967:	Eitenbenz, Helmut

VON DER BÜRGERSCHAFT GEWÄHLTE GEMEINDERÄTE SEIT 1946

BCSV	=	Badische Christliche Soz. Volkspartei
CDU	=	Christlich Demokratische Union
DP	=	Deutsche Partei
EBG	=	Endinger Bürger-Gemeinschaft
FDP	=	Freie Demokratische Partei
KPD	=	Kommunistische Partei Deutschlands
SPD	=	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
UWG	=	Unabhängige Wählergemeinschaft

Blümmel, Dr. Günther	1968 bis heute	CDU
Bohn, Christoph	1984 bis heute	CDU
Brand, Eugen	1975–1980	EBG/FDP
Bührer, Helmut	1964–1984	SPD
Burkhard, Wilhelm	1946–1963	BCSV/CDU, + 20.10.1963
Eltjes, Karl	1953–1956	SPD, + 07.09.1987
Ens, Klaus	1980 bis heute	SPD
Ermisch, Walter	1975 bis heute	EGB/FDP
Ernst, Willi	1973–1975	CDU
Fischer, Werner	1975–1984	EBG/FDP
Geiseler, Armin	1975–1977	SPD
Griesbaum, Willi	1968–1984	EBG/FDP
Gürtner, Ernst	1980 bis heute	CDU

Hassler, Erich	1962–1975	CDU
Hassler, Hans	1975 bis heute	EBG/FDP
Heckle, Albert	1956–1968	FDP/EBG-FDP, + 13.10.1980
Herzog, Martin	1953–1956	UWG, + 12.05.1986
Hess, Rudolf	1948–1953	SPD, + 27.09.1981
Hirtler, Wilhelm	1946–1959	BCSV/CDU, + 08.05.1979
Hofert, Hans	1984 bis heute	EBG/FDP
Hügel, Walter	1984 bis heute	CDU
Jenne, Johann	1980 bis heute	EBG/FDP
Kaiser, Rudolf	1971 bis heute	EBG/FDP
Kaltenbach, Edgar	1980 bis heute	CDU
Kesselring, Joseph	1962–1968	CDU, + 16.03.1980
Kindler, Eugen	1959–1965	CDU, + 05.11.1971
Kindler, Karl	1956–1962	CDU, + 10.09.1982
Kindler, Werner	1968 bis heute	CDU
Kläger, Adolf	1962–1968	EBG/FDP, + 04.06.1978
Knab, Herbert	1948–1962	DP/FDP
Kuhn, Hans	1962–1969	EBG/FDP
Lanig, Wilfried	1980 bis heute	SPD
Lösch, Werner	1977–1980	SPD
Mergele, Werner	1965–1984	CDU
Nadler, Joseph	1946–1953	SPD, + 22.11.1956
Niemann, Wilhelm	1946–1948	BCSV, + 26.08.1961
Reinacher, Ewald	1980–1984	EBG/FDP
Ringswald, Franz	1946–1948	SPD, + 02.05.1973
Ritter, Heinz	1975–1983	EBG/FDP
Roller, Edgar	1984 bis heute	SPD
Ruh, Karl	1980 bis heute	EBG/FDP
Schifferdecker, Maria	1975–1984	CDU
Schillinger, Edmund	1980–1984	EBG/FDP
Schillinger, Hans	1980 bis heute	CDU
Schmid, Ernst	1948–1973	BCSV/CDU, + 02.01.1973
Schmidt, Willi	1965 bis heute	EBG/FDP
Schmitz, Konrad	1982 bis heute	SPD
Schneider, Rolf	1980–1982	SPD
Schneider, Werner	1968–1975	SPD
Schött, Dr. Hans Erich	1975–1984	EBG/FDP
Schwehr, Ernst	1946–1948	KPD, + 22.08.1984
Schweickert, Ferdinand	1948–1953	BCSV, + 14.04.1973
Sexauer, Hans	1984 bis heute	CDU
Späth, Karl	1974–1980	EBG/FDP
Staiblin, Helmut	1975 bis heute	CDU
Stertz, Max	1946–1953	BCSV, + 04.10.1961
Strütt, Franz	1953–1964	SPD, + 28.07.1980
Stumpf, Dr. Wilhelm	1962–1968	CDU
Türk, Lieselotte	1984 bis heute	CDU
Vetter, Otto	1968 bis heute	EBG/FDP
Wild, Dr. Karl	1953–1956	CDU, + 28.08.1956
Winterhalter, Erich	1962–1965 u. 1969–1971	EBG/FDP
Wirth, Jürgen	1975–1980	EBG/FDP
Wissert, Ewald	1963–1975 u. 1976–1980	CDU
Ziegler, Alfred	1956–1968	SPD, + 05.09.1968

Im Rahmen der Eingemeindungen waren zusätzlich vorübergehend folgende Herren im Gemeinderat:
Nach der Eingemeindung von Amoltern am 01.12.1971 bis zur Wahl im April 1975: Vetter, Erwin; Vetter, Viktor; Fischer, Anton.

Ab 01.01.1974 Eingemeindung Kiechlinsbergen bis zur Wahl im April 1975: Friedrich, Erwin; Kiefer, Manfred; Späth, Karl; Ströbel, Fritz.

Ab. 01.01.1975 Eingemeindung Königschaffhausen bis zur Wahl im April 1975: Blust, Hermann; Hügelin, Hans; Brand, Eugen; Schmitz, Konrad.

LISTE DER ORTSVORSTEHER:

Amoltern:

Weisenberger, Ludwig vom 01.12.1971 bis 30.11.1984

Fischer, Werner vom 01.12.1984 bis heute

Kiechlinsbergen:

Mutschler, Otto vom 01.01.1974 bis 30.03.1983

Ritter, Heinz vom 01.04.1983 bis heute

Königschaffhausen:

Henninger, Gottfried vom 01.01.1975 bis 30.04.1987

Brand, Eugen vom 01.05.1987 bis heute